

Als deutsche Medien mit Unterstützung der Wochenzeitung „Der Falter“ am 17. Mai 2019 ein auf Ibiza geheim aufgenommenes Video nach monatelangen Recherchen, juristischen Bewertungen und technischen Untersuchungen auszugsweise publizierten, zerbrach in Wien binnen wenigen Tagen die ÖVP-FPÖ-Koalition. Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ), der auf diesem Video dabei zu sehen war, wie er einer angeblichen Nichte eines russischen Oligarchen den Kauf der „Kronen-Zeitung“, der auflagenstärksten Boulevardzeitung des Landes, anbot und noch andere dubiose Geschäfte deklamierte, musste zurücktreten.

Als Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) entgegen der ursprünglichen Vereinbarung auch den Rücktritt von Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) forderte und alle FPÖ-Minister daraufhin die erste „kleine“ Koalition verließen, war die erste Regierung des Shootingstars der österreichischen Politik und seiner aus der ÖVP hervorgegangenen türkisen „Bewegung“ nach nur rund 17 Monaten beendet. Es folgte eine Experten- und Expertinnen-Regierung unter der ersten Bundeskanzlerin des Landes, Brigitte Bierlein, der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes, ehe Kurz aus einer Neuwahl mit 37 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen wie ein Phönix aus der Asche zurückkehrte. Im Januar 2020 formte er eine andere Koalition, diesmal mit den Grünen – die erste in der Geschichte der Republik Österreich auf Ebene der Länder und des Bundes und eine handfeste Überraschung selbst für erfahrene Politikberater.

Immer wieder hatte sich Kurz auch in deutschen Medien als Superstar selbst inszenieren können, nicht zuletzt in Gabor Steingarts Facebook-Videos. Doch schon am 8. Oktober 2021 signalisierte der Wiener F.A.Z.-Korrespondent Stephan Löwenstein: „Kurz hat ein Problem.“

Die Wiener Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hatte eine Anklageschrift gegen den Bundeskanzler veröffentlicht. Deren Basis waren rund 300.000 Chat-Nachrichten (plus mehr als 2000 in Österreich verschwiegener „peinlicher Fotos“ – wie der Schweizer „Tagesanzeiger“ diskret berichtete) auf dem beschlagnahmten Dienst-Mobiltelefon eines Kurz-Vertrauten namens Thomas Schmid. Überdies hatte es Hausdurchsuchungen in der ÖVP-Zentrale, im Bundeskanzleramt und im Finanzministerium gegeben. Waren anfangs noch Durchhalteparolen ausgegeben worden, trat Kurz am 9. Oktober unter dem Druck der Grünen zurück, sicherte sich aber als Klubobmann (Fraktionsvorsitzender) einen Platz im Parlament.

Doch nicht für lange. Die zahlreichen Nachrichten aus dem Mobiltelefon von Schmid, gegen den im Zusammenhang mit der Bestellung des ehemaligen FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria ermittelt wird, sorgten in den Medien wie auch innerhalb der ÖVP für derartigen Aufruhr, dass es letztlich keine andere Option mehr gab: Am 2. Dezember verabschiedete sich Kurz aus der Politik, kündigte eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft an und äußerte, sich um seinen eben geborenen Sohn und seine Lebensgefährtin kümmern zu wollen.

Wie konnte es dazu kommen, dass jener Politiker so schnell von der politischen Bildfläche verschwand, dessen engstes, intern scherzhaft als „Apostel“ bezeichnetes Team aus einigen wenigen jungen Männern seit 2016 unter dem Codenamen „Projekt Ballhausplatz“ nicht nur die Machtübernahme in der ÖVP und die Ablöse von Vizekanzler Reinhold Mitterlehner professionell vorbereitet hatte, sondern auch das Kommunikationsgenie Kurz mit Hang zu Message Control perfekt in der Öffentlichkeit positionierte? Die Antwort ist wohl in dem wüsten Sittenbild zu suchen, das das Verhältnis zwischen Parteien und Medien in Österreich bietet. Hinzu kommen Interna der ÖVP. Die Nachrichten Schmidts, des ehemaligen Alleinvertrags der staatlichen Beteiligungsverwaltung ÖBAG mit einem Bilanzvolumen von rund 27 Milliarden Euro, liefern dazu Motive, die an Farbigkeit kaum zu übertreffen sind.

So hatte sich Schmid als Generalsekretär des Finanzministeriums de facto selbst die Bewerbung für die Spitzenposition bei der ÖBAG auf den Leib geschrieben. Aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der sich mit den Machenschaften Straches und des Wiener FPÖ-Obmanns Johann Gudenus beschäftigen sollte, wurde daher ein Ausschuss, der dem „System Kurz“ auf den Grund gehen soll.

In der Pressemitteilung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zu den Hausdurchsuchungen vom 6. Oktober 2021 wird der Verdacht geäußert, dass „zwischen den Jahren 2016 und zumindest 2018 budgetäre Mittel des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) zur Finanzierung von ausschließlich parteipolitisch motivierten, mitunter manipulierten Umfragen eines Meinungsforschungsunternehmens im Interesse einer politischen Partei und deren Spitzenfunktionär(en) verwendet wurden. Diese Umfrageergebnisse wurden (ohne als Anzeige deklariert worden zu sein) im redaktionellen Teil einer österreichischen Tageszeitung und anderen zu dieser Gruppe gehörenden Medien veröffentlicht. Im Gegenzug wurden – nach der Verdachtslage – seitens der befassten Amtsträger im Rahmen von Medien- und Inseratenkooperationen Zahlungen an



In den 1950er-Jahren hatte die FPÖ noch gut reden. Damals hatte sie gegen das Machtkartell aus ÖVP und SPÖ keine Chance. Nicht nur das hat sich mittlerweile geändert.

Foto Österreichische Nationalbibliothek

Was ist los im Staate Österreich?

Politische Beeinflussung von Medien hat in Wien eine lange Tradition. Die Parteien stehen dabei einander kaum nach.

Von Professor Dr. Oliver Rathkolb

das Medienunternehmen geleistet. Die Zahlungen für diese Kooperationen waren – nach der Verdachtslage – im Wesentlichen verdeckte Gegenleistungen für die den Beschuldigten tatsächlich eingeräumten Einflussmöglichkeiten auf die redaktionelle Berichterstattung in diesem Medienunternehmen.“

Über die mutmaßliche Einflussnahme auf die boulevardeske Tageszeitung „Österreich“ gibt es inzwischen weitere Informationen. Doch die Beeinflussung von Medien durch die Politik bis hin zur Käuflichkeit von Berichterstattung ist kein neues Phänomen. Schon in der Vergangenheit war es eine unabhängige Presse als „Vierte Gewalt“, die sowohl Regierung als auch Opposition kritisch beobachtet und den Missbrauch von Macht aufdeckt, nicht immer gut bestellt.

Hugo Portisch, der jüngst verstorbene Nestor der kritischen Journalistik in Österreich, hat in seinen Memoiren eine bemerkenswerte Szene festgehalten: Emil Ludwig, einer seiner Professoren und die graue Eminenz des autoritären Pressewesens in der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur (1933–1938), schärfte den Studenten und Studentinnen der Publizistik an der Universität unmittelbar nach 1945 ein, dass es deren wichtigste Aufgabe sein müsse, „stets die Staatsräson zu vertreten“. Falls das nicht funktionieren sollte, gebe es ein anderes Mittel – den „Reptilienfonds“, das heißt die Bestechung durch Geldbeträge aus geheimen Schwarzgeldfonds.

Tatsächlich hatte das autoritäre Regime bis 1938 über eine „schwarze Kassa“ verfügt, die sich aus den Erträgen einer Werbeagentur speiste. Das Geld wurde großzügig nicht nur an Journalisten verteilt, sondern auch an eigene Teilorganisationen oder einzelne Persönlichkeiten. Amerikanische Presseoffiziere versuchten übrigens auch nach 1945 und damit zur Zeit der alliierten Administration in Österreich, nicht nur durch eigene Presseprodukte wie den „Wiener Kurier“ oder die Sendergruppe Rot-Weiß-Rot

eine Berichterstattung in ihrem Sinn zu forcieren. Mithilfe von Barzahlungen an Mitarbeiter etwa der „unabhängigen“ „Salzburger Nachrichten“ sollten rassistische und antisemitische eingefärbte Berichte unterbunden werden, die sich gegen afroamerikanische Soldaten oder US-Presseoffiziere jüdischer Herkunft richteten.

In den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik war es für die beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ, die bis 1966 die Regierung stellten, durch die Herausgabe eigener Parteizeitungen vergleichsweise leicht, die öffentliche Meinung zu kontrollieren. Auch der Rundfunk war verstaatlicht. Die Nachrichten des Radios wurden ebenso großkoalitionär kontrolliert wie die „Austria Wochenschau“, die vor allen Filmen in den Kinos gezeigt wurde. Auf die Sekunde genau wurde dort die Bildpräsenz von Politikern und Politikerinnen abgezählt. ÖVP- und SPÖ-Funktionsträger sollten gleich lang zu sehen sein.

1955 fiel auch das Fernsehen in die Hände der Parteien. Im Unterschied zum Rundfunk, der von der ÖVP kontrolliert wurde, hatten im ORF anfangs die SPÖ und ihr Fernsehredakteur das Sagen. Das Bonmot „Schwarze Welle – Roter Schirm“ war ebenso bekannt wie die Tatsache, dass der für den Staatsvertrag 1955 und den Abzug der Alliierten verantwortliche Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) sich nicht hatte vorstellen können, dass das Fernsehen aufgrund der teuren Geräte niemals so massenwirksam würde wie der Rundfunk.

Raab beobachtete hingegen mit Missfallen das Entstehen von konservativ orientierten Presseprodukten wie der Tageszeitung „Die Presse“, die lange Zeit von Industriellen finanziert wurde und sich der politischen Kontrolle entzog. Als der Herausgeber Fritz Molden, der eigentlich aus dem ÖVP-Lager kam, nicht aufhörte, kritische Berichte über den korrupten Wie-

ner ÖVP-Obmann Fritz Polcar zu veröffentlichen, ließ Raab Molden die Kredite bei der ÖVP-affinen verstaatlichten Bank Creditanstalt-Bankverein sperren. Gleichzeitig investierte Raab mit Kapital aus unbekannter Quelle in neue, scheinbar unabhängige Presseprodukte.

Das Volksbegehren für einen unabhängigen Rundfunk aus dem Jahr 1964, das wesentlich vom „Kurier“ und dessen Chefredakteur Hugo Portisch getragen wurde, war ein erster Versuch, die Öffentlichkeit gegen diese totale Machtteilung im staatlichen Rundfunk und Fernsehen zu mobilisieren – und es hatte Erfolg, obwohl ÖVP und SPÖ massiv Widerstand leisteten. Unter dem konservativen Medienmacher und Printjournalisten Gerd Bacher wurde der ORF von 1966 an in der Ära der ÖVP-Allienregierung professionalisiert. In der Zeit der sozialdemokratischen Regierungen unter Bruno Kreisky verschärfte sich der parteipolitische Konflikt zwischen SPÖ und ÖVP. Eine Rundfunkreform wurde ins Werk gesetzt, in deren Zug Bacher durch einen hohen Beamten des Justizministeriums ersetzt wurde, der den Sozialdemokraten nahestand. Zwar gelang Bacher später durch geschicktes Lobbying bei den Wahlmännern eine überraschende Rückkehr. Die Schwächen des ORF-Gesetzes blieben aber auch nach diversen Reformen bestehen.

Zumindest bei der Wahl der Generaldirektorin oder des Generaldirektors spielt die Regierung über einen formal unabhängigen Stiftungsrat bis heute eine zentrale Rolle. Hinzu kommen die Besetzungen von Leitungspositionen durch loyale Personen und inhaltliche Interventionen ohne Zahl. Erst durch den Druck der 2001 zugelassenen Privatsender auf das ORF-Monopol sowie durch selbstbewusste professionelle Journalistinnen und Redakteure im ORF ist in jüngerer Zeit mehr Spielraum gegen regierungspolitische Interventionen und parteipolitische Postenbesetzungen entstanden. Eine echte, umfassende Unabhängigkeit wäre

aber erst dann gegeben, wenn der ORF ähnlich wie die BBC in eine unabhängige Stiftung überführt würde. Doch eine solche Lösung zeichnet sich derzeit nicht ab. Da heute „schwarze Kassen“ und „Reptilienfonds“ rar geworden sind, fehlt es in der Regel an Mitteln, um die Berichterstattung direkt oder indirekt zu manipulieren. Für Printmedien gibt es aber ganz offiziell zwei auf Steuergeld basierende Unterstützungsmodelle. Da sie primär an der Auflage orientiert sind, kommt die Förderung automatisch der Boulevard- und nicht der Qualitätspresse zugute. So wurden allein im Jahr 2020 etwa 67 Millionen Euro an Fördergeldern und für Regierungsinserte an Verlage und Rundfunksender ausgereicht. Auf den Boulevardbereich entfielen dabei etwa 50 Prozent der staatlichen Mittel („Kronen-Zeitung“ 8,4 Millionen Euro, „Österreich/oe24.at“ 5,2 Millionen Euro und „Heute“ 5,5 Millionen Euro). Qualitätszeitungen wie „Der Standard“ und „Die Presse“ kamen auf einen Anteil zu zusammen rund elf Prozent. Ein Viertel des Geldes ging an Zeitungen in den Bundesländern, der Rest an den „Kurier“.

Wie diese Modelle in der Praxis funktionieren, hat der Chef der VGN Medien Holding, Horst Pirker, jüngst öffentlich gemacht. Nach einer kritischen Geschichte der Wochenzeitung „News“ zum Thema „So mies geht's türkis“ verkündete das ÖVP-geführte Finanzministerium einen totalen Anzeigenstopp. Am Beginn dieser Politik stand allerdings nicht die ÖVP, sondern der sozialdemokratische Bundeskanzler Werner Faymann (2008–2016) in der Koalition mit der ÖVP. Von 2013 bis Mitte 2020 verwandte die österreichische Regierung 117,2 Millionen Euro an Steuermitteln auf Inserate – vorzugsweise in Boulevardmedien. Die Bundesregierung in Berlin hingegen gab im selben Zeitraum nur etwas mehr – 129,8 Millionen Euro – aus. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, ergab das für das Jahr 2013 in Österreich 1,82 Euro, in Deutschland waren es zehn Euro-cent.

Ebenso bedenklich ist das System der echten Presseförderung in Österreich mit derzeit rund zehn Millionen Euro im Jahr. Eingeführt worden war es im Jahr 1975, zwei Jahre nach der Einführung der Umsatzsteuer, um den Zeitungen eine Steuererleichterung zukommen zu lassen. Nach mehreren Reformen orientiert es sich inzwischen zunehmend an Qualitätskriterien wie Ausbildung, Korrespondentennetz und Mitgliedschaft im Presseerat. So erhielten „Die Presse“ im Jahr 2020 mit 1,5 Millionen Euro und „Der Standard“ mit 1,48 Millionen Euro die höchsten Beträge. Boulevardmedien wie „Heute“ und „Österreich/oe24.at“ gingen leer aus.

Nun zurück zur Anzeige der Korruptionsstaatsanwaltschaft, die zu dem Rücktritt von Sebastian Kurz führte. Als Begründung für die „Anordnung der Durchsuchung und der Sicherstellung“ wird der Verdacht der Untreue genannt. So soll Thomas Schmid als Kabinettschef und weisungsbefugter Generalsekretär des Bundesministeriums für Finanzen die Kosten für ÖVP-relevante Meinungsumfragen in amtlichen Umfragen untergebracht haben. Letztlich wurden die Ergebnisse, die zum Teil im Umfeld des Bundeskanzlers frisiert worden waren, als redaktionelle Beiträge in der Tageszeitung „Österreich“ sowie dessen TV-Sender „oe24.TV“ veröffentlicht. Kurz wird nun verdächtigt, dieses illegale Vorgehen in seiner Zeit als Bundesminister für Europa, Integration und Außenbes in Auftrag gegeben zu haben. Eine Reihe enger Mitarbeiter, die sich als „Familie“ (so der ehemalige Finanzminister Gernot Blümel) und „Pratorianer“ (so Thomas Schmid) verstanden, soll daran mitgewirkt haben.

Mit dieser Aktion wurde in Österreich ein neues Kapitel in der Beeinflussung von Medien aufgeschlagen. Bislang waren Printmedien nämlich meist „nur“ empfänglich für finanzielle Angebote aus dem Bereich der Wirtschaft, wie ein Blick zurück in die Geschichte zeigt. In der Habsburger-Monarchie waren es nach der 1848er Revolution zunächst die Regierung und die Bürokratie, die durch Zensurmaßnahmen und das Pressegesetz Druck auf die Medien ausübten. Nach dem Entstehen der Massenpresse während des ersten großen Globalisierungsschubes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden Printmedien aber nicht mehr allein mit politischer Zensur konfrontiert. Bereits 1872 schrieb der deutsche Journalist und Autor Wilhelm Angerstein über „Die Corruption in Oesterreich“ und nannte sein Buch im Untertitel einen „Beitrag zur Charakteristik der österreichischen Verhältnisse“. Angerstein beschrieb vor allem die Praxis der Beeinflussung der Printmedien während der Gründerzeit. Entweder kauften die Banken damals Zeitungen, oder Unternehmen offerierten Journalisten bei der Einführung von Aktien an der Börse Aktienanteile, woraufhin sie bei einem niedrigen Einstiegspreis meist sehr große Gewinne machen konnten.

Dieses System der wirtschaftlichen Einflussnahme auf Printmedien setzte sich nach 1918 fort. Die Zwischenkriegszeit war geprägt von einer permanenten und fast unübersehbaren Auseinandersetzung mit dem Thema Korruption, wobei die schlechte wirtschaftliche Lage und diverse Spekulationsgeschäfte die Verlage noch verunsicherbarer machten. Ähnlich wie um 1870 wurde intensiv um die Einflussnahme auf Zeitungen gerungen. Eine Schlüsselfigur dieser Zeit war Rudolf Sieghart. Schon als hoher Beamter der Monarchie hatte er das Abstimmungsverhalten von Reichsratsabgeordneten mittels eines Dispositionsfonds zu beeinflussen versucht, der sich aus

Gebühren für Titel- und Adelserhebungen speiste. Als Gouverneur der Boden-Credit-Anstalt (BCA) übernahm Sieghart im Jahr 1910 mit einem Konsortium den Steyerrmühl-Konzern und damit auch das renommierte „Neue Wiener Tagblatt“. Von drei Jahren abgesehen, leitete Sieghart die BCA bis zu deren Zahlungsunfähigkeit 1929; sogar in Vorstandssitzungen thematisierte er Zahlungen an Journalisten, um sie zu einer freundlichen Berichterstattung über die Bank zu bewegen.

In die Literaturgeschichte eingegangen sind die satirische Vorlesung und nachfolgende Polemik von Karl Kraus gegen den korrupten Zeitungsverleger Imre Békessy in Wien 1926: Békessy vertrat die Ansicht, dass er – ähnlich wie Ärzte oder Rechtsanwälte – für Berichte ein Honorar der erwähnten Unternehmen und Einzelpersonen verlangen beziehungsweise sich auch das Verschweigen von Nachrichten von den Betroffenen honorieren lassen könne. Einflussreiche Privatunternehmer wie Louis Rothschild wiederum setzten auf die direkte Finanzierung von Parteien und Politikern, um in Krisenzeiten entsprechenden Rückhalt zu haben. Rothschild bediente sich dazu des Großspekulanten Camillo Castiglione. So hat der Wirtschaftshistoriker Roman Sandgruber Zahlungen von insgesamt mindestens fünf Millionen Schilling von Louis Rothschild an verschiedene christlich-soziale und deutschnationale Politiker nachgewiesen, unter anderem an den Landwirtschaftsminister und späteren Bundeskanzler Engelbert Dollfuß sowie an mehrere Journalisten.

Die Sozialdemokratie konzentrierte sich bei der Beeinflussung der Printmedien seit der letzten Phase der Monarchie und auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auf Parteizeitungen wie die „Arbeiter-Zeitung“ oder „Das Kleine Blatt“. Erst unter dem Eindruck dramatischer Auflagenverluste in diesem Bereich begann auch die SPÖ in den 1960er Jahren nach Wegen zu suchen, wie sie auf die „unabhängige“ Presse Einfluss nehmen oder ihr wohlgesinnte Zeitungen gründen könne.

Hier war es primär der Innenminister und Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) Franz Olah, der 1961 ohne Wissen und Zustimmung des Fraktionspräsidenten des ÖGB einen Kredit in Höhe von 4,1 Millionen Schilling der der SPÖ nahestehenden Tageszeitung „Express“ zur Verfügung stellte. Dieser Kredit wurde zwar mit Zinsen zurückgezahlt, doch Olah behielt 500.000 Schilling unter seiner geheimen Kontrolle. 1962 subventionierte er mit Gewerkschaftsgeldern in der Höhe von einer Million Schilling die FPÖ, nachdem der Industriellenverband die Zahlungen an die Partei eingestellt hatte. Olah wollte so die politische Unterstützung der SPÖ durch die FPÖ sichern, falls es der SPÖ gelang, die Bildung einer solchen Koalition hinauslaufen sollte.

Der Gewerkschafter hatte erkannt, dass die Zeit der Parteizeitungen vorbei war. Nun wollte bei den neuen Boulevardmedien seinen Einfluss sichern. Die Zeitungsgründer Hans Dichand und Kurt Falk erhielten durch Vermittlung des ÖGB-Präsidenten einen Kredit bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in der Höhe von 12 Millionen Schilling. Olahs unsichtbare Hand hatte der „Neuen Kronen-Zeitung“ das notwendige Kapital „besichert“, ohne dass es eine klassische Garantieverklärung oder entsprechende Besicherung dafür gegeben hätte – und schon gar keinen Beschluss des ÖGB.

An der „Kronen-Zeitung“ und ihrem inzwischen verstorbenen Gründer Hans Dichand, der die Titelrechte gekauft hatte, zeigt sich auch die persönliche Nähe zwischen Politik und Medien. In der bis heute nicht vom ORF gesendeten Dokumentation „Tag für Tag ein Boulevardstück“ der Belgierin Nathalie Borgers über die „Kronen-Zeitung“ aus dem Jahr 2002 wird zum Schluss auch ein Frühstück Dichands bei Bundespräsidenten Thomas Klestil in der imperialen Hofburg gezeigt. Dabei wird vereinbart, dass Klestils zweite Ehefrau Margot Löffler in einer Weihrauchsaugabe auf die Titelseite der Zeitung kommen sollte.

Lässt man das Ibiza-Video Revue passieren, wird man das Gefühl nicht los, demokratierepolitisch habe sich gegenüber der Gründerzeit des 19. Jahrhunderts kaum etwas verändert. Damals wurden ganze Zeitungsverlage von Wirtschaftsunternehmen und Banken aufgekauft, um sie zu kontrollieren. Auch die Bestechung einzelner Journalisten war an der Tagesordnung.

Wer die „vierte Macht“ im Staate nicht unabhängig arbeiten lässt – und dazu gehört auch die trendige „message control“ als massive Manipulationsstrategie der Regierenden –, fördert die Bedingungen, die massive Korruption ermöglichen. Letztlich hilft nur umfassende Transparenz bei den Parteifinanzern, den Parteispenden sowie den staatlichen Ausgaben, um vielleicht doch eines Tages die neuerliche und fast vorhersagbare Rückkehr der politischen Korruption zu verhindern. In diesem Sinne könnte sich die Investition von Steuergeld in die Parteiförderung, aber auch in unabhängige Medien und in einen unabhängigen Rundfunk auszahlen.



Der Verfasser ist Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien und Mitglied in deren Senat.